

Markt versus Staat in der Europäischen Union – Eine für Kredit- und Kapitalmärkte relevante Debatte

Ansgar Belke und Gunther Schnabl*

Am 19. und 20. Januar 2015 fand das 28. Leipziger Weltwirtschaftsseminar mit dem Thema *Markt versus Staat – Dezentralisierung versus Zentralisierung in der Europäischen Union* statt, zu dem Prof. Dr. Ansgar Belke (Universität Duisburg-Essen) und Prof. Dr. Gunther Schnabl (Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig) eingeladen hatten. In der Albertina der Universität Leipzig diskutierten 120 Teilnehmer mit 13 Referenten marktwirtschaftliche und staatliche Lösungsansätze für die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der Europäischen Union.

Der erste Teil der Konferenz befasste sich mit europäischen Wachstumsstrategien. Den Auftakt machte Prof. Dr. Leszek Balcerowicz (Warsaw School of Economics), ehemaliger Vizepräsident, Finanzminister und Zentralbankpräsident Polens. Anhand seines Heimatlandes Polen, dessen Transformation hin zu einer Marktwirtschaft er entscheidend mitgestaltete, verdeutlichte Balcerowicz die Vorteile schneller und umfassender marktwirtschaftlicher Reformen. Die Wirtschaftsgeschichte habe gezeigt, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung die Grundlage für Wohlstand sei. Dies habe sich auch für Polen und andere mittel- und ost-europäische Staaten seit dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme erwiesen.

Balcerowicz plädierte für mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger staatliche Interventionen. Er stellte die Interdependenz von wirtschaftlicher und politischer Freiheit heraus: „*The most important freedom is economic freedom.*“ In einer Zeit, in der die Politik aus seiner Sicht zu immer mehr Regulierung und Preiskontrollen tendiere, setzte Balcero-

* Prof. Dr. Ansgar Belke, Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insb. Makroökonomik, Universitätsstraße 12, D-45117 Essen, ansgar.belke@uni-due.de.

Prof. Dr. Gunther Schnabl, Universität Leipzig, Institut für Wirtschaftspolitik, ZIW, Grimmaische Straße 12, D-04109 Leipzig, schnabl@wifa.uni-leipzig.de.

wicz somit einen wichtigen Denkipuls. Er identifizierte zudem wichtige Reformstrategien, die auch die Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte umfassen. Es sei entscheidend, Reformen schnell unumgänglich zu machen, um politischen Widerstand zu umgehen.

Prof. Ian Begg (PhD) von der London School of Economics führte das Plenum in das (wirtschafts-)politische Dilemma britischer Europapolitik ein. Einerseits wirkten die Partikularinteressen wichtiger britischer Industrien und insbesondere des Finanzmarktes. Das Grundprinzip freier Märkte werde weitgehend akzeptiert. Man sei allerdings durch die gerade in der EU entstehende Bankenunion beunruhigt, denn bleibe man der EU fern, verliere man auch Gestaltungsmacht bei der Umstrukturierung der Bankenaufsicht und Einlagensicherung. Immerhin mache die Londoner City ihr Hauptgeschäft mit Kontinentaleuropa. Andererseits seien wichtige Bestandteile europäischer Politik bei den Wählern sehr unbeliebt, wie zum Beispiel die Nettobeitragszahlungen an Brüssel und der freie Personenverkehr (Schengen). Der Eindruck der letzten britischen Währungskrise (1992/93) wirke bis heute sehr stark nach, sodass an einen Beitritt Großbritanniens zum Eurogebiet nicht zu denken sei.

Angesichts dieser politischen Beschränkungen sehe sich die britische Regierung mit großer Skepsis ihrer Bevölkerung konfrontiert. Somit verbleibe nur wenig Raum für Verhandlungen mit den europäischen Partnern. Begg bezifferte die Wahrscheinlichkeit eines Austritts Großbritanniens aus der EU („Brexit“) mit 40 Prozent. Die Wachstumsdynamik, die vom britischen Finanzmarkt ausgehe, sei aber groß genug, um Großbritannien auch ohne die EU genügend Wohlstand zu bringen.

In zweiten Teil der Konferenz wurden die Herausforderungen der wachsenden Finanzmarktregulierung in Europa diskutiert. Prof. Dr. Burghof von der Universität Hohenheim warnte vor zu viel Regulierung, da die Banken in ein enges Regulierungsschema gepresst würden, was sie verwundbar für neue Krisen mache. Zu viel Regulierung schränke zudem die Funktionsweise von Finanzinstituten ein, was derzeit in eine stagnierende Kreditvergabe des Bankensystems im Eurogebiet münde. Zudem sei es wahrscheinlich, dass außerhalb des Bankensystems neue Mechanismen wirksam werden, die Funktionen des etablierten Bankensystems übernehmen. Das schnelle Wachstum des Schattenbankensektors sei ein nachdrücklicher Beleg dafür.

Dr. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, verdeutlichte die Herausforderungen von Finanzmarktregulierung aus politischer Sicht. Er attestierte Finanzaus-

schüssen und Bankenaufsichten ein erhebliches Informationsdefizit gegenüber den Branchenvertretern der Finanzindustrie. Dies leiste Lobbyismus und risikoreichem Verhalten Vorschub. Er plädierte für eine unabhängigere politische Entscheidungsfindung, wofür das Informationsdefizit staatlicher Akteure gemildert werden müsse. Insgesamt zeigte sich Schick jedoch zuversichtlich, dass Finanzmarktexzesse durch Regulierung bewältigt werden können.

Unter dem Titel „Schuldenmanagement in Europa“ diskutierten dann Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker (Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter) und Prof. Dr. Joachim Starbatty (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft) das Für und Wider wachsender Staatsverschuldung in Europa. Staatsverschuldung habe gravierende Auswirkungen auf Geld-, Kapital- und Kreditmärkte. Carl Christian von Weizsäcker argumentierte, dass in alternden Gesellschaften wie der europäischen die Ersparnis stark wachse. Zudem würden mit fortschreitender technologischer Entwicklung Investitionen mit hoher Grenzleistungsfähigkeit abnehmen. Daraus resultiere ein wachsendes Kapitalangebot, das auf eine nicht ausreichende Kapitalnachfrage treffe. Staatsverschuldung werde in einem derartigen Szenario benötigt, damit die Ersparnisse des privaten Sektors für ihre Altersvorsorge noch Verwendung finden.

Joachim Starbatty identifizierte die wachsende Verschuldung in Europa hingegen als ein Hemmnis für die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung. Starbatty wies darauf hin, dass hohe Staatsverschuldung in der Regel mit wachsender Instabilität der Währung verbunden sei. Je höher die Staatsverschuldung ausfalle, desto höher sei der Druck auf die Zentralbank, die Staatsverschuldung durch den Ankauf von Staatsanleihen zu monetarisieren. Die Regelwerke, die dafür geschaffen wurden, die Staatsverschuldung in Europa niedrig zu halten, hätten sich als brüchig erwiesen. Mit dem vielbeschworenen Argument der Alternativlosigkeit würden Normen uminterpretiert. Der hieraus resultierende Anstieg der Staatsverschuldung zementiere die strukturellen Verzerrungen und Spannungen innerhalb der Europäischen Währungsunion, was sich längerfristig als ein Fallstrick für die Währungsunion herausstellen könne.

Den Abschluss des ersten Tages bildete der Abendvortrag von Dr. Rainer Hank, Ressortleiter Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, zum Thema „Markt und Macht“. In einem ausgesprochen eloquenten Vortrag führte er die Zuhörer durch 100 Jahre Ideengeschichte, mit dem Ziel, das Spannungsfeld zwischen Markt und Macht zu defi-

nieren. Er vertrat die Ansicht, dass Wettbewerb auf Märkten, auch im Kreditgewerbe, dazu beitrage, private Macht – z.B. in Form von Monopolen – zu begrenzen.

Aus dieser Perspektive analysierte er die aus seiner Sicht nur vermeintliche Marktmacht der Internetkonzerne Google und Uber. Die private Macht beider Konzerne sei vom Kunden frei gewählt, da Alternativen zur Verfügung stünden. Allerdings müsste der versteckte Preis, der beispielsweise im Verkauf persönlicher Daten zum Ausdruck komme, den Kunden verdeutlicht werden.

Der zweite Veranstaltungstag begann mit einer spannenden Diskussion über alternative Geldsysteme, die die Schwächen des aktuellen krisengeplagten Geld- und Kreditsystems zum Ausdruck brachte. Dr. Thomas Mayer, ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank, arbeitete die Probleme des bestehenden Geldsystems heraus. Die Geschäftsbanken schüfen Geld „aus dem Nichts“, was zu Übertreibungen auf den Finanzmärkten und Finanzkrisen führe. Mayer argumentierte, dass der Euro ohne politische Union nicht lebensfähig sei. Deshalb sei seit Beginn der Krise mit unterschiedlichen Rettungsmechanismen eine Art „Schattenstaat“ geschaffen worden, der den Euro stützen solle.

In Übereinstimmung mit Mayer verwies Prof. Dr. Huber von der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg auf die immer wiederkehrenden und stetig gravierender werdenden Finanzkrisen. Das bestehende Giralgeldsystem sei störanfällig und krisengeplagt, weil Banken ohne wirksame Kontrolle durch die Zentralbank Geld schöpfen können. Er schlug deshalb als Alternative die Einführung eines sogenannten Vollgeldsystems vor, in dem ausschließlich die Zentralbank Geld schöpfen kann. Dadurch würde die Zentralbank die Kontrolle über die Geldmenge wiedererlangen und könne so Spekulationswellen auf den Finanzmärkten verhindern. In der anschließenden Diskussion wurde kritisiert, dass ein Vollgeldsystem nach den Vorstellungen Hubers nicht verhindern könne, dass die Zentralbank selbst gegen das Interesse der Bürger zu viel Kredit erzeuge. Genau dies sei aber die Ursache der derzeitigen Krise.

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Werner Weidenfeld von der LMU München diskutierte im Anschluss, ob und in welchem Umfang eine weitere Zentralisierung der Europäischen Union zu erwarten ist. Weidenfeld unterstrich die Komplexität der politischen Prozesse, die zu einer Vertiefung der europäischen Beziehungen führten. Er suggerierte, dass innerhalb der EU föderale dezentrale Strukturen entstehen könnten. Zum Beispiel wäre der Austritt des Baskenlandes aus Spanien mit dem Ver-

bleib der Basken in der EU verbunden, was die potenziellen Austrittskosten absenke. Mit Blick auf die historische Entwicklung erklärte Weidenfeld, dass es im letzten Jahrzehnt ein immenser Machttransfer auf der europäischen Ebene stattgefunden habe. Auch wenn das politische „Pendel“ hin- und herschlage, sei die „Wucht“ des politischen Willens zur Einigung Europas immer noch immens. Dieser Prozess habe durch die Krise sogar nochmals an Dynamik gewonnen.

Prof. Dr. Roland Vaubel (Universität Mannheim) wies auf die Gefahren dieses Zentralisierungsprozesses hin. Auf der Grundlage wirtschaftshistorischer Quellen zeigte Vaubel, dass der Wohlstand Europas insbesondere dem Wettbewerb der Nationen geschuldet sei. Die großen geologischen Ebenen Asiens hätten die Entstehungen großer zentralisierter Staatengebilde begünstigt, was regionalen Wettbewerb und damit Innovationskraft und Wachstum über die lange Frist gebremst habe. In Europa sei hingegen durch die zahlreichen Gebirge und Gewässer die Bildung von vergleichsweise kleinen Nationalstaaten möglich gewesen. Dies habe Vergleiche der Staaten und eine Mobilität zwischen unterschiedlich strukturierten Staatengebilden erst ermöglicht. Der daraus resultierende Wettbewerb zwischen den Staaten sei als Quelle für Freiheit, Innovation und Wohlstand zu sehen. Durch die fortschreitende Zentralisierung, die mit dem Übergang von Kompetenzen an die EU einhergehe, werde diese Dynamik unterminiert.

In der letzten Session des 28. Leipziger Weltwirtschaftsseminars wurden die Herausforderungen der demographischen Entwicklung für die Altersvorsorgesysteme in Deutschland und Europa diskutiert. In weitgehender Übereinstimmung beschrieben Prof. Dr. Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Prof. Dr. Reinhold Schnabel (Universität Duisburg-Essen) die Notwendigkeit von Reformen zum Erhalt der Rentenversicherungssysteme.

Wagner verdeutlichte das sich verschärfende Problem der Altersarmut. Er zeigte sich besorgt darüber, wie die Mindestsicherung im Alter zukünftig gewährleistet werden könne. Da die Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung unmittelbar von der Altersstruktur der Bevölkerung und den Erwerbstätigkeitsstrukturen abhängt, während die Kapitaldeckung vom (internationalen) Kapitalmarkt beeinflusst werde, sei es sinnvoll, beide Finanzierungssysteme zu mischen.

Nach Schnabel führen das Absinken der Fertilität und der gleichzeitige Anstieg der Lebenserwartungen dazu, dass die Rentenversicherungen nur durch ein Sinken der Leistungen oder steigende Beiträge nachhaltig

finanzierbar seien. Beide Referenten schlugen deshalb unter anderem einen flexibleren Übergang in die Rente vor. Sie waren sich einig, dass Immigration zwar helfen könne, das demographische Problem einzudämmen, aber keine vollkommene Lösung sei. Ein Anstieg des durchschnittlichen Renteneintrittsalters sei unumgänglich, um die Rentenbezüge auf einem erträglichen Niveau halten zu können. Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass vor allem im geburtenschwachen Deutschland ein großes Potential für Verteilungskonflikte zwischen Jung und Alt besteht. Eine seiner Determinanten bestehe im längerfristigen Zinsniveau.

Die Organisatoren Ansgar Belke (Universität Duisburg-Essen) und Gunther Schnabl (Universität Leipzig) beschlossen das 28. Leipziger Weltwirtschaftsseminar, das in dem würdigen Ambiente der Albertina mit 120 Teilnehmern einen neuen Rekord erreichte. Sie machten nochmals deutlich, dass der Europäische Integrationsprozess zum Wohle aller Bürger in der Europäischen Union vorangetrieben werden müsse. Dabei dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden, dass Markt und Wettbewerb – vor allem auch auf den Kapital- und Kreditmärkten – nach wie vor die Grundlage für Wachstum und Wohlstand in Europa darstellen.